

Lehrer der IGS Kelsterbach fordern Ausweitung der Ressourcen für inklusiven Unterricht

KELSTERBACH - (fri). Eine deutliche Ausweitung der Ressourcen für den inklusiven Unterricht fordern die Lehrkräfte der Integrierten Gesamtschule Kelsterbach in einer Resolution. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollten vorrangig in die Unterstützung des Unterrichts fließen, insbesondere in Form der Doppelbesetzung mit zwei Lehrkräften pro Klasse. Wichtig sei auch die feste Zuweisung weiterer Förderschullehrkräfte, die gemeinsam mit den Regelschullehrkräften im Unterricht und an der Weiterentwicklung der Schule arbeiten. „Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif“, lautet die zentrale Botschaft.

„In den Klassen mit gemeinsamem Unterricht lernen seit über 20 Jahren Kinder mit Beeinträchtigungen und Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben“, heißt es in einer Presseerklärung der IGS-Lehrkräfte. So werde es auch von der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert. In der Rückschau müsse man jedoch feststellen, „dass die Bedingungen für den gemeinsamen Unterricht immer wieder verschlechtert wurden“. Zuletzt sei 2012 die Obergrenze von 23 Schülern für GU-Klassen aufgehoben worden. Auch die Stundenzuweisungen seien mehrmals gekürzt worden.

Mehr Förderbedarf

Für die wachsende Zahl von Schülern mit Förderbedarf im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung und massiven Verhaltensproblemen sei die Unterstützung im Unterricht sogar ganz gestrichen worden. „Diese Kürzungen zwingen uns, möglichst viele Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Klasse zusammenzufassen, um einen größeren Teil der Stunden mit einer Doppelbesetzung durch zwei Lehrkräfte versorgen zu können“, heißt es in der Erklärung. Dabei widerspreche dies den Grundsätzen des inklusiven Unterrichts und Probleme könnten sich potenzieren. Die hohen Anforderungen an die Dokumentation der Fördermaßnahmen und der zeitliche Aufwand für Vorbereitung und Durchführung von Förderausschüssen führe außerdem dazu, dass immer weniger Stunden der an der IGS arbeitenden Förderschullehrkräfte tatsächlich im Unterricht und damit bei den Kindern ankomme.

Das Kerngeschäft

Dabei sei „Unterricht das Kerngeschäft“ der Schule, erinnern die Lehrer. Alle Erfahrungen mit inklusiven Maßnahmen zeigten, dass die Ressourcen dann besonders wirkungsvoll eingesetzt werden könnten, wenn Lehrer verschiedener Fachbereiche bei der Konzeption und Umsetzung des Unterrichts im Team gemeinsam daran arbeiten könnten, alle Kinder optimal zu fördern. „Dabei sind wir auf die sonderpädagogische Kompetenz der Förderschullehrkräfte dringend angewiesen“, betonen die Lehrer der IGS in ihrer Resolution.

Lehrer müssten immer noch weiter „draufpacken“ und stießen zunehmend an ihre Grenzen. Sie würden mit diesen Problemstellungen allein gelassen. In dieser Situation könnten Inklusion und Schulfrieden nicht gedeihen. Im Gegenteil: Diese Entwicklung diskreditiere den Gedanken der Inklusion, dem sich die Lehrkräfte der Integrierten Gesamtschule verpflichtet fühlen.